Bayern soll führender Life-Science-Standort bleiben

Spitzenversorgung und -forschung sind keine Selbstläufer

Die zahnmedizinische Versorgung lebt nicht zuletzt von der schnellen Integration innovativer Lösungen und Methoden in den Behandlungsalltag. Umso besser, wenn sich einer der größten Biotechnologie- und Pharmakonzerne klar zum Standort München bekennt.

Bayern gehört zu den führenden Life-Science-Standorten Europas. Hier arbeiten Wissenschaft, Gesundheitsversorgung, Start-ups und Industrie eng zusammen. So entstehen medizinischer Fortschritt, wirtschaftliche Dynamik und neue Perspektiven für Patienten. Doch diese Spitzenposition ist bei Weitem kein Selbstläufer, warnte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) anlässlich der Eröffnung des neuen 4.800 Quadratmeter großen Novartis-Standorts in der Nähe des Münchner Hauptbahnhofs. Dazu gehörten auch verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen. Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz habe nicht nur der Pharmaindustrie, sondern auch vielen Leistungserbringern in der Gesundheitsversorgung einen Dämpfer versetzt, bedauerte Söder.

Manfred Heinzer, Vorsitzender der Geschäftsführung Novartis Deutschland, hatte Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Industrie eingeladen, um gemeinsam zu diskutieren, wie man in Bayern Innovation fördern, Investitionen stärken und medizinischen Fortschritt schneller zu den Patienten bringen kann.

Die KZVB war mit Vorstandsmitglied Dr. Jens Kober bei der hochkarätigen Veranstaltung vertreten. Mit dem CSU-Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses Bernhard Seidenath (CSU) sprach er darüber, wie möglichst alle Versicherten am medizinisch-technischen Fortschritt teilhaben können.


© KZVB

KZVB-Vorstandsmitglied Dr. Jens Kober im Austausch mit Stefan Ulrich Klose (l.) von der BKK ProVita und dem CSU-Gesundheitspolitiker Bernhard Seidenath (m.)

Matthias Wallenfels

ePA wird in Zahnarztpraxen kaum nachgefragt

Nur acht Prozent der Patienten lassen ihre Daten speichern

Ein Erfolg sieht anders aus: Von bundesweit 74,2 Millionen gesetzlich versicherten Patienten nutzen mit noch nicht einmal sechs Millionen gerade acht Prozent aktiv ihre elektronische Patientenakte (ePA). Das geht aus jüngst veröffentlichten Daten der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) Prof. Dr. Louisa Specht-Riemenschneider hervor. Immerhin ist seit Oktober 2025 schon mehr als ein Jahr vergangen.

Seit dem dritten Quartal 2025 sind bundesweit nicht nur die niedergelassenen Zahnärzte, sondern alle Leistungserbringer sanktionsbehaftet verpflichtet, die ePA zu nutzen. Allerdings, so die Wahrnehmung der Zahnärzte in den bayerischen Praxen, spielt sie in der zahnmedizinischen Versorgung kaum eine Rolle.

Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Denn die ePA leidet nach wie vor an Konstruktionsfehlern. So können zum Beispiel keine großen Datensammlungen wie die OPG gespeichert werden. Die Funktion einer Volltextsuche? Ebenfalls Fehlanzeige! Die schleppende Akzeptanz der ePA bei den gesetzlich versicherten Patienten verwundert also nicht. Es ist schwer, sie für die angeblichen Mehrwerte zu begeistern, die die Patienten mit ihrem digitalen Begleiter nicht wirklich erleben. Auch der Frust auf Seiten der niedergelassenen Zahnärzte wird wohl noch länger anhalten. Eine Besserung ist zumindest nicht in Sicht. „Die Akzeptanz der ePA wird nur dann steigen, wenn sie die Anforderungen der Praxen zuverlässig erfüllt", stellt Dr. Marion Teichmann fest, die innerhalb des KZVB-Vorstands für die Telematikinfrastruktur zuständig ist.

MW



© nmann77 – stock.adobe.com

Schöner Schein, der trügt: Noch glänzt die ePA im Versorgungsalltag nicht mit Praxistauglichkeit.